



Foto: Rino Porrovecchio, Sede del P.C.I., CC BY-SA 2.0

„Es wie in Russland machen“

Die zwei roten Jahre in Italien

Von Gaspard Janine | 18. November 2020

1918 endet der Krieg. Europa hat nicht nur vier Jahre sinnloses Gemetzel hinter sich: Seit 1917 verbreitet sich unter all denen, die von den Regierungen zum Sterben für den Profit an die Front geschickt wurden, und unter jenen, die sich in den Fabriken unter quasi militärischer Disziplin verschlissen haben, die Idee, „es wie in Russland zu machen“.

In Italien kommt es vor exakt einem Jahrhundert - 1919 und 1920 - auf der Grundlage dieser Losung zum Aufflammen einer revolutionären Periode. Die zwei roten Jahre, Biennio Rosso genannt, hatten ihre heißeste Phase im August und September 1920. Es ist eine fehlgeschlagene Revolution, in der es dem aufständischen Generalstreik mangels einer entschlossenen Partei nicht gelingt, der Bourgeoisie die Macht zu entreißen. Im Gegenzug wird die „große Angst“, die die Arbeiter*innenklasse der Bourgeoisie eingeflößt hat und die von den Reformist*innen nicht konkret fassbar gemacht wird, zum Schmelztiegel des Faschismus.

Am Ende des Krieges steht Italien auf der Seite der Sieger. Doch trotz des nationalistischen Getöses der Bourgeoisie liegt das Land wirtschaftlich am Boden. Sicher haben sich etliche

Industrielle bereichert und die Schwerindustrie ist massiv gewachsen und konnte dem italienischen Kapitalismus einen modernen Anstrich verleihen (zumindest im Norden des Landes), fünfzig Jahre nach Erlangung der nationalen Unabhängigkeit dieses noch wenig entwickelten Landes. Für die Arbeiter*innen und Kleinbäuer*innen hingegen bleibt das nackte Elend, denn die Preise haben sich seit 1914 verdreifacht.

Proteste gegen die Teuerung

Die hohen Lebenshaltungskosten werden als unerträglich empfunden. Mit dem Frieden ist nichts wieder besser geworden, trotz aller Versprechen (namentlich Land für die Bauern), die die Regierung für die Mobilmachung der Truppen gemacht hatte. In der ersten Hälfte des Jahres 1919 bricht eine Streikwelle aus, die zu Lohnerhöhungen führt, ohne dass aber die Inflationsspirale gestoppt wäre. Bis zum Sommer steigt die Wut. Im Juni wird aus dem Streik in La Spezia, einem ligurischen Hafen, ein Generalstreik. Er breitet sich aus, nimmt den ganzen Norden ein und schließlich auch Städte im Süden. Bei Zusammenstößen mit der Polizei kommt es zu Toten. Die Demonstrierenden stürmen die Geschäfte und beschlagnahmen Lebensmittel, Autos und Lastwagen, um sie zu verteilen oder zum Festpreis zu verkaufen.

Alle diese Bewegungen agieren ohne das Zutun der gewerkschaftlichen Führung der CGL (Gewerkschaftsbund, Confederazione Generale del Lavoro) oder der Sozialistischen Partei (PSI).

Die Haltung der Sozialistischen Partei

Diese rufen vielmehr meist zum Stillhalten auf, während die Arbeiter*innen Strukturen aufbauen, um ihre Bewegung zu organisieren - „Aktionskomitees“ und „Versorgungsräte“. In der PSI gibt es eine starke dezidiert reformistische Strömung, die lange Zeit in der Mehrheit gewesen ist und die den Parteiapparat und insbesondere die CGL dominiert. Die sogenannte maximalistische Mehrheitsströmung der PSI unterscheidet sich nicht von den Reformist*innen, auch wenn sie sich als revolutionär bezeichnet. Linke Strömungen - die der zukünftigen Kommunist*innen - existieren zwar, sind aber zu schwach und unorganisiert, um für eine Ausweitung der Streikbewegung einzutreten

Rückgang und Wahlen

Die Bewegung ebbt nach dem 10. Juli ab. Doch die internationalen Geschehnisse führen zu einem erneuten Auftrieb und zu einem Solidaritätsstreik mit den Räterepubliken auf russischem und ungarischem Territorium. Die italienischen Arbeiter*innen befolgen massenhaft den Aufruf der europäischen Gewerkschaften und legen das Land für zwei Tage lahm. Dieser Streik wird von vielen als das Signal zum Aufstand empfunden. Dennoch beharrt die Partei darauf, dass der Streik bloß eine Demonstration sein soll, und ruft zur Wiederaufnahme der Arbeit nach den vorher so geplanten 48 Stunden auf. Statt weiterer Aktionen wird auf die Wahlen im November verwiesen. Die Partei erzielt einen Stimmenrekord und gewinnt 156 Parlamentssitze (statt

zuvor 51). Sie tönt: „Das revolutionäre Italien ist geboren!“ Doch die Bourgeoisie hat weiterhin die Macht inne.

Landbesetzungen

Parallel dazu beginnen die Bäuer*innen, ermutigt von den Streiks in den Städten, Ländereien zu besetzen, insbesondere im ländlichen Süden, wo die Grundbesitzverhältnisse noch immer die feudale Vergangenheit widerspiegeln: Eine Handvoll Latifundisten verfügt über den Großteil der Ländereien. An den Besetzungen beteiligen sich Landarbeiter*innen, Teilpächter und arme Bäuer*innen, die nicht mehr hinnehmen wollen, dass die Großgrundbesitzer ihren Boden brachliegen lassen. Ihre Parole lautet: „Der Boden denen, die ihn bearbeiten!“ Die Besetzungen nehmen den ganzen August über zu und halten bis Ende 1920 an. Doch die PSI kümmert sich wenig darum. Die Regierung erkennt einzelne Besetzungen an und verspricht, mehr Land zu verteilen (Visocchi-Dekret), indem sie paritätische Kommissionen schafft, in denen die armen Bäuer*innen und die Grundbesitzer an einem Tisch sitzen.

Die Streiks halten auch 1920 an und nehmen an Schärfe weiter zu, zumal die Preise unaufhörlich steigen. Insgesamt sind es 1.881 Streiks, gegenüber 1.663 im Vorjahr. Sind die Streikbewegungen am Anfang des Jahres erst noch sporadisch, erreichen sie im Frühling ein ungeahntes Ausmaß.

Der „Uhrzeiger-Streik“

Es beginnt mit dem sog. „Uhrzeiger-Streik“, der sich an der Umstellung auf die Sommerzeit entzündet, was die Arbeiter*innen ablehnen. Diese Maßnahme aus dem Jahr 1916 weckt nicht nur Erinnerungen an den Krieg, sondern neben der Ablehnung der Nacharbeit geht es um eine politische Frage: Wer hat die Macht in der Fabrik? Die früheren Betriebskommissionen haben sich dank der Bewegungen des Vorjahres weiterentwickelt und werden zu Fabrikräten, insbesondere in Turin, wo die Gruppe um die Wochenzeitung Ordine Nuovo für diese Rätebewegung kämpft. Insofern wird die Entscheidung der Unternehmensleitung, die Uhren in einem Fiat-Werk entgegen der Position der Betriebskommission umzustellen, und die Entlassung eines Arbeiters, der die Uhrzeiger wieder zurückgestellt hat, als Provokation empfunden. Wie die frisch entstandene Confindustria (ein im März angesichts des revolutionären Anstiegs gegründeter Unternehmerverband) erklärt: „In einem Unternehmen können nicht zwei zugleich die Macht innehaben“.

Der Streik breitet sich innerhalb weniger Wochen in der ganzen Stadt aus. Am 14. April wird daraus ein Generalstreik. Und am 19. steht das ganze industrielle Dreieck (Mailand-Turin-Genua) still. Man zählt 500 000 Streikende. In Turin wird der Streik von den Fabrikräten organisiert, die von den Anhänger*innen des Ordine nuovo geführt werden. Es geht dabei um unmittelbar politische Forderungen, anstelle der „kleinen ökonomischen Zugeständnisse“.

Für den 19. April, als die Bewegung just ihren Höhepunkt erreicht, ist ein Kongress der PSI in

Turin geplant. Er wird nach Mailand verlegt, da der Streik als ungünstige Rahmenbedingung erachtet wird! Der Kongress lehnt es ab, zur landesweiten Ausweitung der Bewegung aufzurufen und die Leitung des CGL handelt stattdessen ein Abkommen mit der Regierung aus. Die Bewegung in Turin ist isoliert und verebbt am 24. April, nach einmonatigem Kampf.

Der Aufstand von Ancona

Diese Niederlage beendet jedoch nicht den Protest. Am 1. Mai, eine Woche nach dem Ende des Streiks, findet eine große Demonstration statt und es kommt zu Zusammenstößen mit der Polizei und zu weiteren Toten.

Vor allem aber kommt es im Juni zu einem Aufstand der Bersaglieri (Infanteristen) in Ancona (Marken), die zurecht eine Verlegung in das von Italien besetzte Albanien befürchten. Ihre Meuterei breitet sich schlagartig in der Stadt aus, wo die Arbeit eingestellt wird. Soldaten und Arbeiter*innen verbrüdern sich auf den Barrikaden gegen die Carabinieri; in anderen Städten, bis nach Rom oder Mailand, entstehen Solidaritätsbewegungen. In der Region Marken brechen weitere Meutereien aus.

Die Fabriken werden besetzt

Im August 1920 ruft die FIOM (Metaller*innen-Gewerkschaft) zu wiederholten Streiks für höhere Löhne auf. Ein scheinbar „defensiver“ Kampf angesichts der vorhergegangenen. Innerhalb von zehn Tagen reißt er 400 000 Arbeiter mit. Am 30. August reagiert der Fabrikbesitzer von Romeo in Mailand mit einer Aussperrung. Noch am gleichen Abend werden 300 Fabriken von den Arbeitern besetzt, um weitere Aussperrungen zu verhindern. Am 1. September sind es bereits tausend. Die gesamte italienische Metallindustrie ist betroffen. Als sich die Bewegung auf andere Branchen ausweitet, übernehmen die Besetzer selbst die Produktion. Die Fabriken geben Gutscheine aus, die als Zahlungsmittel dienen, und die Besetzer*innen produzieren mehr oder weniger improvisierte Waffen, um sich selbst verteidigen zu können. Rote Garden werden gebildet. Die Arbeiter*innenklasse bereitet sich auf eine Konfrontation vor. Innerhalb der PSI rufen die Maximalisten nahezu widerwillig zum Aufstand und zum „Generalstreik bis zum Sieg“ auf.

Es entstehen immer mehr Fabrikräte, um die Betriebsbesetzungen zu organisieren. Diese Fabrikräte heißen mitunter bloß so und werden von Gewerkschaftsvertretern initiiert und im Alleingang geführt, da es vor Ort keine Vertreter der Strömung um Ordine Nuovo oder andere Arbeiter*innen gibt, die für eine echte Arbeiter*innendemokratie eintreten könnten.

Verbergen Sie die Revolution, die ich nicht sehen darf!

Auch auf höchster Ebene entfaltet der Reformismus der PSI- und der Gewerkschaftsführung seine Wirkung. Als kampferprobter Politiker lehnt es der Regierungschef Giolitti ab, der Panik der Industriellen nachzugeben und Gewalt anzuwenden. Wie auch? Der Militärapparat zerfällt,

wie - unter anderem - die Episode von Ancona gezeigt hatte, und der Polizeiapparat steckt mitten im Umbruch. So zieht Giolitti es vor, sich auf die Führungsriege der reformistischen Apparate zu verlassen, um die Bewegung zu kanalisieren. Tatsächlich wiegeln diese so gut sie können ab. Nach der ersten Woche hat die Situation sich festgefahren und beide Seiten gehen auf Wartestellung. Die Führung der PSI weigert sich, die Kämpfe wirksam anzuführen, den Aufstand zu organisieren und eine Regierung zu stürzen, die die Lage nicht mehr kontrollieren kann. Für die Entscheidungsfindung vertröstet sie auf einen nationalen Kongress ... der CGL. Der Vorsitzende der CGL, D'Aragona, verteidigt dort die „gewerkschaftliche Kontrolle“ (nicht die der Arbeiter*innen) und weist dem Kampf als einzige Perspektive die Ausweitung der Mitbestimmung. Die Maximalist*innen plädieren für den Aufstand. Die Mitgliederversammlung der CGL, in der die Reformist*innen überrepräsentiert sind, stimmt für D'Aragonas Vorschlag mit ca. 600 000 zu 400 000 Stimmen.

Die Bourgeoisie rettet ihre Haut

Die Bourgeoisie zeigt sich nicht kleinlich, um die sozialen Unruhen zu ersticken. Kräftige Lohnerhöhungen werden gewährt (10 bis 20%, entgegen der ursprünglich geforderten 40%), sechs Urlaubstage im Jahr, Ausgleichszahlungen wegen der hohen Lebenshaltungskosten, Zuschläge für Überstunden, Abfindungszahlungen, ein Mindestlohn etc. Was die gewerkschaftliche Kontrolle angeht, wird eine Kommission eingerichtet... um die Frage zu prüfen! Die Arbeiter*innen, erschöpft und verstört, stimmen für die Wiederaufnahme der Arbeit.

Alle gehen nach Hause. Die revolutionärsten Elemente sind überzeugt, dass die nächste Welle kurz bevorsteht, aber die Arbeiter*innenklasse hat zwei Jahre hartnäckig gekämpft, bloß um im entscheidenden Moment allein gelassen zu werden. Tatsächlich wird die nächste Welle eine konterrevolutionäre Flut sein, die sich auf die von den Großindustriellen massiv finanzierten faschistischen Banden stützt. Die Faschisten werden morden und unterdrücken, Versammlungslokale abfackeln und die aktiven Kräfte liquidieren, um die Arbeiter*innenorganisationen zu zerschlagen. Die Arbeiter*innenorganisationen werden nur sehr zögerlich reagieren und stattdessen Hilfe bei der Polizei suchen (die wohlgerne auf der anderen Seite steht), weil sie den „Bürgerkrieg“ ablehnen.

Der Kongress von Livorno

Inzwischen hat die Kommunistische Internationale den Ausschluss der Reformist*innen aus den sozialistischen Parteien auf die Tagesordnung gesetzt. Auf Druck der Mitglieder ist die PSI der III. Internationale bei deren Gründung beigetreten. Aber die von Serrati geleitete maximalistische Führung beruft sich auf eine italienische Besonderheit, um die Umsetzung der 21 Beitrittsbedingungen zu umgehen - eine gemeinsame Regelung aller Sektionen der Internationale mit dem Ziel, die Reformist*innen auszuschließen. Dieser zentristische Flügel beruft sich auf den Aufschwung der Reaktion, der die Einheit der Arbeiter*innenbewegung erfordere. Um diese Genoss*innen davon zu überzeugen, dass die Einheit der

Revolutionär*innen wertvoller sei als ein Band zu den Verrätern von gestern, hätten sie mit Fingerspitzengefühl vorgehen müssen. Der linke Flügel der Partei (geleitet von Bordiga und Gramsci) stellt die Genoss*innen stattdessen vor die Entscheidung, ob sie sich dem linken oder dem rechten Flügel anschließen wollen. Dieses Ultimatum provoziert die faktische Spaltung, die auf dem Kongress von Livorno Anfang 1921 vollzogen wird. Die 100 000 Maximalisten, ihrer Zughaftigkeit treu, entscheiden sich für die 15 000 Reformist*innen statt für die 50 000 Kommunist*innen.

Die neue Kommunistische Partei, die Letztere gründen, hat nicht die Zeit, sich im Klassenkampf zu wappnen und ihr Sektierertum abzulegen, bevor die Faschisten Ende 1922 die Macht ergreifen.

Übersetzung aus l'Anticapitaliste, Wochenzeitung der französischen NPA vom 17.9.2020 von Nora Bräcklein

Dieser Beitrag wurde publiziert am Mittwoch den 18. November 2020 in der Kategorie: **Italien.**